

Mit Christine Tönigke, Frenkenberger im Studio, guten Tag.

Auf dem Weg zum zweiten Ungarn in der Slowakei laufen vorgezogene Parlamentswahlen, richtungsweisend

für die Ausrichtung des NATO- und EU-Staates, wir schalten live nach Bratislava.

Menschenleeretsberg Karabach aus der Kaukasusregion dürften fast alle Einwohner geflüchtet sein, mehr als 100.000 sind in Armenien registriert, dort gibt es große Schwierigkeiten bei der Versorgung der Menschen.

Die EU ringt um die neue Ordnung der Asyl- und Migrationspolitik für das UN-Flüchtlingshochkommissariat,

ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu einer globalen Lösung der Migrationsfrage.

Eine moderate Lohnrunde fordert der Chef der industriellen Vereinigung Georg Knil im Schanal zu Gast.

Diskussionen über Vermögens- und Erbschaftssteuern hält er für destruktiv.

Außerdem, die Anzahl der Suizide ist im Steigen begriffen, besonders bei Frauen.

Die Kultur macht das zweite Album, der Band Seishishi Hörber.

Die Wetterprognose hat jetzt Kamen Schüssling.

Der Rekordseptember der Getäute zu Ende hat uns einen neuen Höchstwert an Sommertagen gebracht.

Und es ist der wärmste September seit Beginn der Wetteraufzeichnungen in Österreich vor über 250 Jahren.

Das Ende dieses Monats ist heute wechselhaft.

Wolkenfelder ziehen durch auch einzelne Regenschauer sind am Nachmittag noch dabei.

Dazwischen lässt sich überall auch die Sonne blicken.

In Niederösterreich wie nun im Nordburgenland blisst lebhafter Nordwestwind

und die Temperaturen gehen im Vergleich zu gestern zurück, erreichen heute meistens 18 bis 25 Grad.

Vielen Dank.

Antikorruptionsproteste haben vor fünf Jahren die slowakische Regierung aus dem Amt gefickt.

Mit radikalen Tönen gegen die EU und Freundlichen für Russland könnte Robert Vizu nun wiederkommen.

Jener Mann, der damals als Premier für viele untragbar geboren war.

Heute hat er Umfragen zufolge best der Chancen, ein weiteres Mal zum Ministerpräsidenten gewählt zu werden.

Warum ist das so? Wie gut stehen die Chancen, dass er als Wahlsieger auch regieren kann?

Und was sind die Alternativen zum pro-Rossischen Linkspopulisten Vizu?

Fragen an Ernst Gellix in Bratislava, guten Tag.

Schönen guten Tag.

Kommen wir kurz zur Ausgangslage. Wie knapp wird das Rennen? Was zeichnet sich da ab?

Laut Umfragen liegen derzeit zwei Parteien mit rund 20 Prozent Kopf an Kopf.

Und zwar die sozialdemokratische Partei namens SMER unter dem ehemaligen Langzeit-Premierminister Robert Vizu

und die bürgerlich-liberale Partei mit dem Namen pro-gressive Slovakiai

unter dem 39-jährigen EU-Abgeordneten Michael Schimetschka.

Dahinter reihen sich dann etwa sieben Parteien ein, die laut Umfragen alle so zwischen fünf und 15

Prozent der Stimmen bekommen könnten.

Also über der notwendigen fünf Prozent Hürde liegen, die ja notwendig ist, um ins Parlament zu kommen.

Und die Meinungsforscher sagen, dass so zwischen vier und neun Parteien es schaffen könnten, ins Parlament einzuziehen.

Und dazu muss man gleich sagen, dass je mehr Parteien den Einzug schaffen, desto schwieriger wird eine Regierungsbildung.

Also man kann davon ausgehen, dass mindestens drei Parteien für die Bildung einer Regierung notwendig sein werden.

Beobachter sprechen davon, dass die Slowakei mit Robert Fico an der Macht ein zweites Ungarn werden könnte,

in dem Fico auf den Kurs von Viktor Orbán einschwenkt.

Wie wird diese Aussicht in der slowakischen Bevölkerung diskutiert?

Das wird nicht diskutiert und das wird von der slowakischen Bevölkerung auch nicht so gesehen.

Robert Fico ist ein Linkspopulist, wesentlich EU-freundlicher als Orbán,

als auch weniger Russland und Putin freundlicher als ihm in westlichen Medien nachgesagt wird.

Fico ist ein Pragmatiker, Populist mit einem sehr guten Gespür für Stimmungen und Meinungen in der Bevölkerung.

Der weiß, die Mehrheit der Bevölkerung ist gegen die Waffenlieferungen an die Ukraine

und die Bevölkerung ist mehrheitlich der Ansicht, dass der Krieg immer weitergeht, je länger Waffen geliefert werden.

Und diese Meinung vertritt auch Fico.

Und er meint darüber hinaus, dass die Ukraine Gebietsverluste im Gegenzug für einen Frieden akzeptieren sollte.

Fico ist vor fünf Jahren unrühmlich ausgeschieden.

Warum verzeichnet er trotzdem so Regenzulauf?

Warum scheinen ihm viele zu vertrauen?

Seine Stärke ist die Schwäche der Vorgängerregierung.

Das war eine Mitte-Rechts-Koalition, bestehend aus vier Parteien, die in den letzten dreieinhalb Jahren eigentlich nur gestritten haben,

nichts weitergebracht haben und von einem Chaos ins nächste geschlittert sind.

Also vor allem das chaotische Corona-Management ist da der Bevölkerung in Erinnerung und die Unfähigkeit etwas gegen die galoppierende Inflationsunternehmen.

Die Slowakei hat mit mehr als zehn Prozent die höchste Inflation in der Eurozone.

Die Menschen jammern da.

Und schließlich im vergangenen Dezember hat die Regierungskoalition dann nicht einmal mehr ein Misstrauensvotum im Parlament überstanden.

Fico strebt einen radikalen Wechsel in der Außenpolitik an.

Die Slowakei hat ja gemessen an ihrer Größe lange einen sehr großen Beitrag für Kiev geleistet.

Wie würde dieser Schwenk aussehen? Mit welchen Auswirkungen auf die NATO?

Also wenn Fico tatsächlich eine Regierung bilden kann, dann wird die Slowakei sicher auf Distanz zu Ukraine gehen.

Das hat er auch schon angekündigt.

Also die Slowakei dürfte einmal die Waffenlieferungen einstellen und Fico will auch weitere EU-

Sanktionen gegen Russland blockieren.

Und zwar jene, die der Slowakei wirtschaftlich schaden.

Und ja, anzunehmen ist auch, dass die Slowakei unter Vizu die Ukraine dazu drängen wird, Friedensverhandlungen mit Russland zu beginnen, was so viel heißt, wie Gebietsverluste zu akzeptieren.

Wie die Wahl ausgeht, werden wir voraussichtlich spätestens morgen früh wissen.

Gewinnt Vizu, wie wahrscheinlich ist es, dass er auch regieren kann?

Ja, das wird sehr schwierig.

Wie gesagt, er braucht mindestens zwei Koalitionspartner, die wenigsten wollen mit ihm eine Regierung bilden.

Sie bleiben dann nur eine Linkspartei.

Das sind Abgeordnete, die einmal bei Vizu waren, weil es mehr waren und sich abgespalten haben.

Und jetzt vom ehemaligen Premierminister Peter Pellegrini geführt werden.

Und dann gibt es noch zwei kleinere rechtsradikale Parteien.

Und das war es dann auch schon.

Aber wie gesagt, man muss abwarten, wie die Wahl ausgeht, dann kann man mehr sagen.

Danke Ernst Geleck, Sie werden uns berichten und einen guten Wahltag nach Bratislava.

Danke, schöne Grüße nach Wien.

Von Slowenien, weit in den Osten, jetzt in den Süg, Südkaukasus,

wo inzwischen die gesamte armenische Bevölkerung aus der Region Bergkarabach geflüchtet sein dürfte.

Nach offiziellen Angaben sind bereits mehr als 100.000 Menschen im Nachbarland Arminien angekommen.

Und es ist die Versorgung dieser Menschen, die das kleine Arminien zunehmend vor Probleme stellt.

Noch immer kommen Menschen aus Bergkarabach in der Kleinstadt Goris an,

dem ersten Ort nach der Grenze zu dem, was früher die selbst ausgerufenen Republik Bergkarabach war.

Sie werden registriert und vorläufig versorgt, erzählt ein Freiwilliger.

Das größte Problem sind die Wohnungen.

Es seien einfach unglaublich viele gekommen, das Land sein nicht in der Lage und nicht bereit, so viele Menschen unterzubringen.

Internationale Organisationen wie die UNO und die Weltgesundheitsorganisation sind bereits in einem Ort präsent,

allerdings erstum festzustellen, welche Hilfe eigentlich benötigt wird.

Mehr als acht Monate lang wurde Bergkarabach von aserbajanischen Truppen belagert und war von der Versorgung und von Hilfslieferungen abgeschnitten.

Die Folgen seien klar zu erkennen, sagt Rob Butler von der Weltgesundheitsorganisation.

Wir sehen unter Ernährung Bluthochdruck.

Es ist unglaublich, wenn Menschen geimpft sind.

Diamänischen Behörden arbeiten mit Hochdruck rund um die Uhr.

Dabei können nicht alle die Region verlassen, die das wollen.

In den letzten Tagen gibt es immer mehr Meldungen,

dass die aserbajanischen Behörden Männer am Grenzübergang festhalten, darunter auch führende Politiker der Karabach-Armenia.

Ihnen wird dem nach Terrorismus und die Führung illegaler bewaffneter Gruppen vorgeworfen. Berichtet Markus Müller über die anlaufende Hilfe für Flüchtlinge in Armenien. Steigende Flüchtlingszahlen auch in Europa drängen die EU-Staaten derzeit um die längst überfällige Neuordnung der Asyl- und Migrationspolitik. Die Pläne sehen Verschärfungen vor, um unerwünschte Migration zu begrenzen. Gleichzeitig sollen Flüchtlinge in der EU verteilt werden. An Donnerstag schien ein Durchbruch bei den Verhandlungen schon in Griffweite. Dann hat das besonders betroffene Italien doch noch Bedenkzeit erbeten. Aus Sicht des UN-Flüchtlingshochkommissariats UNHCR wäre eine neue Regelung in der EU ein wichtiger Schritt mit Vorbildwirkung. David Krieglied. Laut UN-Angaben kamen heuer bereits knapp 190.000 Menschen über das Mittelmeer nach Europa. Eine deutliche Steigerung zum Vorjahr. Das zeige die Notwendigkeit für eine verbesserte und gemeinsame EU-Flüchtlingspolitik, sagt Gillian Triggs, stellvertretende Leiterin des UN-Flüchtlingshochkommissariats im ORF-Interview. Wir sehen die geplante EU-Verordnung als eine der wichtigsten regionalen Initiativen zum Thema Migration. Im Kern geht es um Solidarität und die Erkenntnis, dass kein Land dieser Herausforderung allein gewachsen ist. Wir hoffen, dass die Verhandlungen auf den letzten Metern gelingen und dass dieser Markt als Inspiration und Modell für andere Weltregionen dienen wird. Entscheidend sei, dass diese neue Regelung weiterhin allen Menschen das Recht auf einen Asylantrag einräume, sowie es die UN-Flüchtlingskonvention vorsieht. Wir müssen bei diesen Migrationsbewegungen unterscheiden. Ist es eine junge Mutter mit drei Kindern, die aus dem Krieg im Sudan flieht? Die hat sehr gute Chancen auf Asyl und das unterstützt auch die Mehrheit der Europäer. Oder ist es ein 22-jähriger Mann aus der Elfenbeinküste, der in der EU nach Arbeit sucht? Dem müssen wir anders helfen, doch einen gesamtgesellschaftlichen Zugang, der die Fluchtursachen bekämpft. Und hier sei positives Umdenken bemerkbar, so Triggs. Denn die Entwicklungsbanken der Welt würden zunehmend direkte Finanzhilfen an verarmte Staaten vergeben. Ein Stadt von Krediten, die die Länder nur weiter in die Schuldenfalle treiben. Die von der EU ebenfalls vorangetriebenen Migrationsabkommen mit Drittstaaten, wie der Türkei oder zuletzt Tunesien, sieht Triggs hingegen skeptisch. Hier geht es vorrangig darum, die Verantwortung an Transitländer auszulagern. Und das führt oft zu Menschenrechtsverletzungen. Aber kann die aus den 50er-Jahren stammende UN-Flüchtlingskonvention, angesichts der bis zu einer Milliarde prognostizierten Klimamigranten in den kommenden Jahrzehnten, in dieser Form überhaupt Bestand haben? Ja, viele wünschen sich ein Zusatzprotokoll, das auch Klimaflüchtlinge umfasst. Aber ich befürchte, das ist im momentanen politischen Klima schwer umsetzbar.

Aber Klimaflüchtlinge werden auch durch die bestehenden Regeln vielfach gedeckt sein. Denn meist sind es ja bewaffnete Konflikte, die durch den Klimawandel verstärkt, die Menschen in die Flucht treiben.

Man dürfe nicht zynisch werden und den Glauben an eine globale Lösung der Migrationsfrage verlieren,

nur weil starke politische Kräfte dagegen arbeiten,

sagt die 77-jährige Australierin Gillian Triggs, Vizetirektorin des UNHCR.

Das schwere Erdbeben in Marokko hat vor drei Wochen auch eine florierende Tourismuswirtschaft binnen Sekunden zerstört.

Die betroffene Region südlich von Marrakeshi-Matlas-Gebirge gilt als eine der ärmsten des Landes.

Für die Familien, die lange von Subsistenzwirtschaft gelebt haben,

waren die Einnahmen durch den Tourismus ein Segen.

Nun bleiben die Gäste aus.

Nach ersten Schätzungen könnten die Folgen des Bebens Marokko in diesem Jahr 8% des Bruttoinlandsprodukts kosten.

Verena Sophie Meier.

Seit dem schweren Erdbeben vor drei Wochen ist die rote Richtung die Sintest im Atlas-Gebirge von Zerstörung gesäumt.

Die atemberaubende Passstraße führt normalerweise Wanderer und Touristinnen auf Gebirgstouren.

Ein beliebter Ausgangspunkt ist Asni.

Kurz vor dem Dorf hat im Atresabend-Geschäft am Straßenrand betrieben.

Es ist jetzt einsturzgefährdet und von seinen warmen, Taschintöpfen,

die am Bund bemalten Keramikprodukten Silber und Schmuck sind noch mehr Scherben übrig.

Der Schaden beträgt zwischen 55.000 und 60.000 Euro für die Waren.

Sie sind zerbrechlich und teuer.

Dazu kommt die Reparatur des Shops noch mal so 20.000 Euro.

Wir müssen den ganzen Laden neu aufbauen.

Wenn wir ihn nicht abreißen,

könnte er nach der Regenzeit von selbst einstürzen.

Im Sommer kommen üblicherweise weniger Leute in die Region.

Aber nach der zweiten September-Woche startet die gute Saison für uns.

Mitte September bis Ende Oktober.

Aber jetzt ist im August und September nichts los gewesen.

Und vielleicht kommt ein ganzes Jahr lang niemand her.

Im Ard hätte dieser Tage geheiratet.

Die Vorbereitungen für die Feier haben er und seine zukünftige Frau gestorben.

Ich weiß nicht, wie es weitergehen soll.

Ich bin am Boden zerstört und mein ganzes Kapital ist zerbrochen.

Klackte 29-Jährige.

Etwas besser ist die Situation von Fatima Rahil.

Sie führt eine Frauenkooperative in Asru,

die nach traditioneller Weise händisch Öl aus den Mandeln der Arganbäume herstellt.

Sie wachsen nur im Süden Marokos zwischen Agadir, Esauira und Tarudant.

Berber haben hier in der Bergregion schon immer Arganöl hergestellt.

Die 30-Jährige bietet vor allem älteren Frauen, die geschieden sind und Kinder haben Arbeit.
Den Schaub, der auch an der Straße am Fuße das Gebirges liegt,
hat sie eine Woche nach dem Erdbeben wieder aufsperrern können.

Gott sei Dank können wir hier arbeiten, unser Haus ist nicht kaputt.

Aber das Problem ist, dass keine Besucherinnen und Besucher aus dem Ausland kommen.

Fatima hofft, dass es nicht lange dauern wird,

bis ihre Produkte wieder ein Reisender verkaufen kann.

Vielleicht in ein, zwei Wochen, dann wird alles gut.

Aber lange wird das nicht gut gehen, fürchtet die marokanische Unternehmerin.

12.15 Uhr ist es jetzt.

Während die österreichische Innenpolitik diese Woche eine Debatte über Armut beschäftigt hat,
nach kontroversen Aussagen des Bundeskanzlers,
schlägt in Deutschland dem Chef der Christdemokraten ebenfalls heftiger Gegenwind entgegen,
auch aus der eigenen Partei CDU.

Friedrich Merz hatte behauptet, tausende abgelehnte Asylwerber würden in Deutschland
im großen Stil medizinische Leistungen beziehen.

Deutsche Bürger bekämen gleichzeitig keine Termine.

Aus Berlin Marisi Engelmeier.

Erbärmlicher Populismus, Schüren von Hass oder die Verbreitung von falsche Informationen,
das sind nur einige der Reaktionen auf Merz Aussagen.

Konkret geht es um folgende Passage in einer Talkshow der Welt.

Die werden doch wahnsinnig, die Leute, wenn die sehen,

dass 300.000 Asylbewerber abgelehnt sind, nicht ausreisen,

die vollen Leistungen bekommen, die volle Heilfürsorge bekommen,

die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen

und die deutschen Bürger nebenan kriegen keine Termine.

Die Empörung im ganzen Land ist groß.

Merz wird eine Spaltung der Gesellschaft,

sowie das populistische Anheizen ausländerfeindlicher Stimmungen vorgeworfen.

Sogar die deutsche Zahnärztekammer widerspricht dem Oppositionsführer.

Auch Kanzler Scholl zurückt Merz in einem Interview mit dem SWR.

Das, was Herr Merz da vorgetragen hat,

entspricht nicht der rechtlichen Lage in Deutschland.

Und ich finde, dass man besser auf seine Worte aufpassen sollte.

Es geht schon darum, dass wir einen klaren Kurs haben,

dass wir auch unmissverständlich sind,

wenn es um den Umgang mit irregulärer Migration geht.

Aber die Kritik kommt auch aus den eigenen Reihen.

Parteikollege und Vizeschäft des CDU-Sozialflügels Christian Bäumlert fordert,

entweder Merz nehme seine Aussagen zurück

oder er verzichte auf die Kanzlerkandidatur.

Rückendeckung bekommt Merz hingegen von jemanden aus einer anderen Partei,

der das Fischen am rechten Rand zuletzt für sich entdeckt hat,

Hubert Eibanger.

Der Wirtschaftsminister gibt dem deutschen CDU-Chef inhaltlich recht, damit jetzt zu Forderungen der Wirtschaft an die österreichische Politik in unserer Interview-Serie.

Im Journal zu Gast.

Ist heute der Präsident der industriellen Vereinigung Georg Knil.

Die heimische Industrie ist vergleichsweise gut durch die Krise gekommen.

Die stark exportorientierte der Sektor hat von der weltweit hohen Nachfrage nach der Pandemie profitiert.

Die schnell steigenden Energiekosten im Zuge des Kriegs in der Ukraine sind mit Staatshilfen abgefedert worden.

Der Blick auf Gegenwart und Zukunft löst in der Branche hingegen wenig Optimismus aus. Weltweit hat sich die Konjunktur eingetrübt.

Die heimische Industrieproduktion wird heuer um 4% schrumpfen.

Über Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, neue Steuern und Lohnerhöhungen hat Volker Obermeier mit Georg Knil gesprochen.

Herr Knil, der Politik geben Sie ein 12-Punkte-Programm mit auf den Weg, pünktlich ein Jahr vor dem geplanten Ende der Legislaturperiode,

gern für die kommenden Monate Forderungen rufen nach dem Staat

und sorgenvolle Minuten zum Standardreportoire der industriellen Vereinigung.

Wir haben mit unserer Industriestatik auf Herausforderungen hingewiesen

und haben auch Lösungsvorschläge in diesem Programm, was es zu tun gilt,

um vor allem an der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs zu arbeiten.

Bekanntlich sind wir jetzt auf der unruhlichen 24. Platz abgefallen.

Damit sind wir als Standort nicht einmal mehr in den oberen Drittel der Attraktivsten.

Standorte weltweit, das macht uns Sorge und daher ein intensives Programm

mit Vorschlägen, wie wir Österreich wieder wettbewerbsfähig machen können.

Ihr Programm ist eine Art IV-Pest auf Reloader der vergangenen Monate und Jahre.

Warum bisher dieser mangelnde Zuspruch zu Ihren Vorschlägen?

Durchaus fehlende Bereitschaft, wille auch unangenehme Dinge umzusetzen.

Es sind viele Themen bekannt, daher auch durchaus wieder bekannte alte Forderungen

und Führungszeichen, aber es hilft nichts, weil man sie immer wieder reinschreiben muss,

eben Dinge auch umsetzen. Und da hat es durchaus jetzt nicht die größte Bereitschaft gegeben,

auch vielleicht bedingt durch die vielen Krisen, die wir laufend gehen,

aber man muss eben auch immer den Blick nach vorne richten

und daher ganz zentrale Forderungen wie Abgabenreduktionen,

Fachkräftestatologie, beschleunigte Genehmungsverfahren etc.

Haben Sie noch genug Glaube an Österreich, an diese politische Klasse,

Bundeskanzlerinklusive?

Ich sehe eine ganz starke Bereitschaft auf die Herausforderungen, vor allem auch der Industrie einzugehen.

Natürlich wir kennen die Situation der Koalitionsregion,

dass es oftmals mühsam ist, sich hier zu einigen,

aber es hat doch einige Fortschritte gegeben,

erinnern wir uns zurück an die Abschaffung der kalten Progression,

Anreizsysteme für Leistungen, steuerfrei, überstunden etc.
Es gibt langsam Themen, aber es gibt auch noch große Punkte
und da drücken wir nochmals auf die Taste,
um da ja wirklich auch noch wesentliche Dinge,
die für den Standort Österreich relevant sind,
in dieser Legislaturperiode noch umzusetzen.
Sie haben 12 Punkte vorgelegt, der ÖGB hat nachgezogen
mit einem 10-Punkte-Programm für Standort und Beschäftigung.
Da geht es etwa um milliardenschwere Programme für Wohnbau
und Infrastruktur, wie viele Schnittmengen
haben Sie derzeit mit der Gewerkschaft?
Wir haben grundsätzlich immer wieder eine gute Zusammenarbeit,
haben die gleichen Erwartungshaltungen
einen starken Wirtschaftsstandort zu haben,
der Beschäftigung garantiert.
Der Weg dorthin ist manchmal unterschiedlich,
in Phasen der Kollektivvertragsverhandlungen
ist die Zusammenarbeit etwas immer,
vielleicht auch medial bedingt, etwas angespannt,
aber in Summe ist es eine gute Zusammenarbeit.
Der ÖGB will keine geringere Körperschaftssteuer,
sondern einen höheren Steueranteil,
einen sogenannten Übergewinn an,
ebenso eine Vermögens- und Erbschaftssteuer.
Ist das für Sie umsetzbar, wenn etwa im Gegenzug den Arbeitnehmern
mehr netto vom Proto bleibt?
Ich sehe überhaupt keinen Bedarf,
dass wir weitere zusätzliche Belastungen brauchen.
Wir haben kein Einnahmenproblem,
wir haben eher ein Ausgangproblem.
Und daher sind diese Überlegungen und diese Forderungen
eigentlich völlig destruktiv, nämlich wir brauchen Entlastungen,
wir haben mit 43,5% Steuern und Abgaben.
Wir sind ganz Europa, ja in der ganzen Welt daher.
Wir müssen eher effizienter werden.
Wenn ich sage, spare, da meine ich nicht,
dass es am Ende bei den Mitarbeitern gespart werden soll.
Nein, das System hat so viel Potenzial.
So gesehen, glaube ich, wir müssen bei den Ausgaben
eher achten und nicht zusätzlich Einnahmequellen versuchen zu lukrieren,
die übrigens völlig falsches Signal aussehen.
Allein die Diskussion über Erbschafts- und Vermögenssteuern,
die hier jetzt geführt werden, hat zur Folge,
dass jetzt sehr viel Kapital aus Österreich abfließt.

Wichtig ist Kapital, dass wir für Investitionen brauchen würden und so gesehen basieren jetzt Investitionen nicht hier im Land, sondern leider anderswo.

Wo wollen Sie nun konkret Änderungen bei den Steuerarten, bei den Steuertarifen, den Lohnnimmkosten, quer durch alle Bereiche?

Ich glaube, das ist genau die Summe aus diesen Themenbereichen.

Wir haben sicherlich Potenzial bei den Lohnnimmkosten, die Frage der Sozialversicherung und etc., etc., aber das muss man sich im Detail anschauen.

Die Ausgaben-Senkung auf unter 40 Prozent bis 2030, das ist ein planbarer, ein machbarer Weg, der eine Entlastung für Bürgerinnen und Unternehmen bringen kann und auch soll.

Sie fordern, dass die Abgabenquote in den kommenden 7 Jahren auf unter 40 Prozent sinkt.

Gleichzeitig sollen die Staatsentnahmen steigen, Ihrer Berechnung nach, wie passt das zusammen?

Einfach, weil es ja weiterhin eine starke Beschäftigungslage gibt, die Einnahmen nochmals steigen, kontinuierlich, auch jetzt in diesen herausfordernden Zeiten.

Und so gesehen sagen wir nicht, dass der Staat weniger am Ende dieser Periode haben soll, sondern nur weniger mehr.

Und genau da ist ja immer oftmals der Widerstand

auch der Regierenden immer da, weil es natürlich Druckpunkte gibt, weil es hier Forderungen sind, die zu Effizienzmaßnahmen führen und gerade hier vermiss ich natürlich auch die Bereitschaft, überhaupt Reformen anzusprechen.

Herr Knil, wenn es um Erleichterungen oder weniger Belastungen für Unternehmer und Belegschaft geht, wenn es diese geben sollte,

wie wird sich dann der Sektor revanchieren?

Welchen Beitrag leistet die Industrie?

Die Industrie als einer der stärksten größten Arbeitgeber in diesem Land.

Der produzierende Sektor leistet ein Viertel der gesamten Brutto-Wertschöpfung.

Wir sind Innovations-Weltmeister.

Ich würde eher die Frage umtellen und sagen, was wäre, wenn wir keine Industrie haben?

Dann haben wir einen massiven Wohlstandsverlust

in diesem Land.

Und so gesehen, ich glaube, der Beitrag, den wir leisten, ist großartig, ist wichtig,

immer gemeinsam mit den Mitarbeitern.

Einer oder die andere, da sind wir gemeinsam.

In dieser Woche hat die Herbstlohn-Runde begonnen.

Im Frühjahr hat bereits die Elektroindustrie mit einer an 10% abgeschlossen.

Das könnte jetzt auch bei den Metallern der Fall sein.

Wollen Sie sich, weil Chef der Industrieneigung in die Verhandlungen der beiden Sozialpartner, Wirtschaftskammer und Gewerkschaft nicht einmischen?

Dennoch, worauf stellen Sie sich ein?

Inderdat die Verhandlungen stehen häufig unter besonders herausfordernden Zeichen.

Ich sage nur an dieser Stelle, es kann nicht sein, dass die Industrie der Arbeitgeber alleine diese Last der hohen Inflation schultern.

Die Inflation ist ja nicht durch uns verschuldet worden unter Anführungszeichen.

Und man muss auch berücksichtigen, dass zeigen auch Berechnungen der Österreich-Nationalbank, dass durch diversen Antitaurungsmaßnahmen der Bundesregierung durchaus 80-90% der Reallohnverluste kompensiert worden sind.

Das heißt, ich bin nicht gewillt und bereit, dass wir die Inflation doppelt bezahlen.

Abschluss unterhalb der rollierten Inflation von jetzt 9,6%.

Ich glaube, das ist jetzt die Verantwortung der Verhandlungen, die jetzt nächste Woche beginnen.

Aber ich habe Sie gefragt.

Ich werde Ihnen dazu heute keine Antwort geben können und wollen.

Eine hohe Lohnrunde könnte die Inflation weiter hochhalten, sagen Sie, die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs beeinträchtigen.

Auch die Forderung nach einer 32-Stunden-Woche bei vor allem Lohnausgleich lehnen Sie als realitätsfremd ab.

Wo bewegen Sie sich nun auf die Arbeitnehmer zu?

Wenn es um Löhne, Gehälter, Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten geht?

Also, gerade wenn wir jetzt auf die Industrie blicken, dann können wir zu Recht mit Stolz behaupten, dass es die höchsten Kollektivverträge gibt.

Wir haben in unserer Branche überdurchschnittlich gute, herrere Chancen.

Ich glaube, die Industrie ist ein solider, guter Arbeitgeber.

Bleiben wir gleich bei den Arbeitskräften,

Sie beklagen einen mangelqualifizierten Personal,
welches Angebot machen Sie nun, zum Beispiel besonders Frauen,
um Job und Familie besser vereinbaren zu können,
von Teil auf Vollzeit zu erhöhen.

Nachdem gerade das Betreuungsthema für Kinder unzureichend ist,
auch wenn die Bundesregierung hier jetzt für die nächsten Jahre
doch massive finanzielle Unterstützung zusagt,
gibt es viel Bedarf und vor allem viele Ein-Initiativen von Unternehmen,
um genau diese Defizite zu kompensieren.

Vorwärts sind es Frauen in diesem Falle.

Hier haben Möglichkeiten eben wieder in den Beruf einzusteigen,
von Teil der Trittung Vollzeit zu gehen.

Da gibt es auch sehr, sehr viele Modelle,
die wirklich gut funktionieren,

aber eben oftmals aufgrund eigenen Bedürfnisse,
weil eben hier flächendeckend vom öffentlichen Angebot
hier noch massive Defizite vorhanden sind.

Was immer Sie sich an Leistungsanreizen einfallen lassen,
ohne Zuwanderung wird die Lücke bei Fach- und Arbeitskräften
nicht zu schließen sein.

Potenzielle Kanten, die machen mitunter gerne an den Bogen
um Österreich wie Gegensteuern.

Wir müssen gerade bei dem qualifizierten Zuzug hier als Land
wesentlich attraktiver und auch wirklich offener werden.

Österreich ist gerade für hochqualifizierte,
ausländische Arbeitskräfte insofern nicht attraktiv,
zum einen durch die hohe Steuern und Abgabenlast.

Es ist auch durchaus die Frage, wie werden die Personen,
oftmals die Familien, aufgenommen, wahrgenommen.

Und hier sehen wir und merken mir schon,
dass es sehr, sehr viele Vorbehalte oftmals gibt,

beginnen sprachlich, aber dann eben auch bis zu Diskriminierungen hin etc.

Da müssen wir uns als Gesellschaft massiv wandeln.

Wir haben heute schon eine Million Beschäftigte,
ein Viertel aller Beschäftigten in diesem Land,
sind Ausländer, Ausländerinnen.

Und das wird mehr werden, weil wir den Bedarf an Arbeitskräften
durch eigene Kinder nicht mehr denken können.

Und somit brauchen wir qualifizierten Zuzug nicht zu wenig.

Wie gehen Sie dann mit Slogans wie Festung Österreich um?

Der schlimmste Signal, was wir nach außen senden können,
wir sind keine Festung, wir leben vom Export,
wir leben von Internationalität.

Da muss man auch wirklich differenzieren

zwischen illegaler Migration und Asyl.
Wir brauchen aber ganz klar eine Offenheit
für qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland.
Sonst werden wir diesen Wohlstand
in diesem Land auch nicht aufrecht halten können.
Wenn ich Sie richtig interpretiere,
wollen Sie eine neue Willkommenskultur.
Wie viel Fantasie brauchen Sie,
um sich die FPÖ in Regierungsverantwortung
auf Bundesebene vorzustellen?
Kann ich heute schwer einschätzen,
weil ich natürlich die Positionierung der FPÖ in Detailung
vor allem in Wirtschaftsfragen noch nicht wirklich sehe
und auch noch nicht beurteilen kann.
Ich bin gespannt, was hier in den nächsten Tagen,
wo auch Monaten präsentieren und sagen wird.
Derzeit lebt natürlich die FPÖ
in vielen anderen politischen Parteien.
Herr Knill, die heimische Industrie die betont,
immer wieder gerne, dass Ihr Markt die Welt ist.
Jetzt sind Sie mit dem Trendstadt nur dabei,
wenn es um die Auseinandersetzungen
zwischen den USA und China geht.
Was muss die Europäische Union, was muss Österreich
im Speziellen tun, um nicht weiter
an Positionen, an Konkurrenzfähigkeit zu verlieren?
Wir haben eben sicherlich massive Defizite
in der Wettbewerbsfähigkeit.
Zum Einen die extrem hohen Energiekosten.
Gerade gegen wir da in den USA sind unsere Energiekosten
noch immer dreimal so hoch.
Da haben durchaus mit Anreizsystemen
viele Investitionen jetzt von Europa
Richtung Amerika umgeleitet.
Wir versinken in Europa
durchaus im Bürokratie in Überregulierungen.
Wir machen es dem Unternehmertum per se schon schwer.
Also so gesehen hat Europa hier noch
wirklich viele Hausaufgaben zu machen,
um auch weiterhin ernst in dieser Welt genommen zu werden.
Ist die Deindustrialisierung besonders,
der Grundstoffindustrie, realistisch zu verhindern?
Leider passiert es, es ist ein schleichender Prozess,
der nicht sehr offen, sehr transparent ist.

Man wird das auch nicht stark kommunizieren,
aber wir wollen in ein paar Jahren sehen,
was die AG-Misse dadurch sind.
Dass eben viele Investitionen,
die hier nicht mehr gedätigt werden,
anderswo gedätigt werden, das fehlt dann.
Und das kann man auch nicht mehr kurzfristig revidieren
oder zurückholen.
Und so gesehen müssen wir jetzt ganz stark
an diesen zentralen Faktoren der Wettbewerbsfähigkeit arbeiten.
Weil sonst haben wir wirklich
von einer drohenden Deindustrialisierung Realität.
Strategische Partnerschaften über Handelsabkommen,
wie etwa mit den Merkursurländern,
werden auf beiden Seiten des Atlantiks
auch zumindest skeptisch gesehen.
Wie wollen, können Sie die gegenüberzeugen?
Zwei Drittel unserer Produkte,
die wir in der Industrie produzieren,
gehen in den Export. Export ist sozusagen unser Lebenselixier.
Und wir sehen gerade jetzt in dieser doch sehr fragilen,
neuen Weltordnung, die sich gerade sortiert,
wie wichtig es ist, mit Partnerschaften zu arbeiten.
Und wir brauchen neue zusätzlich Partnerschaften.
Und da ist gerade Südamerika aus vieler Dahinsicht
ein idealer Partner.
Vor allem aber eben auch, weil es hier viel Potenzial gibt,
dass es gemeinsam zu heben gibt.
Und auch ein gegen Pol, wenn Sie so möchten,
gegenüber China sein kann.
Jetzt hätte Europa hier noch eine Vorreiterrolle,
wenn es hier zu dieser Partnerschaft kommt.
Aber China wartet nicht bis Europa sich hier irgendwann mal entscheidet.
China arbeitet selbst sehr intensiv daran.
Und so gesehen wäre es nur jetzt der richtige Zeitpunkt,
dass hier Europa mit den Mercosur-Ländern zu dieser Partnerschaft kommt.
Beim neuen Zum Mercosurabkommen sind sich ÖVP und Grüne ungewöhnlich einig.
Also wie versuchen nun die beiden Koalitionsparteien zu überzahlen?
Leider sind die Argumente dieses jetzt der Regierung hier für mich
und für uns nicht nachvollziehbar.
Wir kennen die unterschiedlichen Gründe,
die ÖVP aus landwirtschaftlichen Bedenken heraus,
die Grünen als Umweltschutzbedenken heraus.
Beides sehe ich nicht in diesem derzeitigen Vertrag sind,

sind wir auf dem Gericht fertig.

Ich erinnere zurück an das Abkommen mit Kanada.

Wir sind seit fünf Jahren mit Kanada diese Partnerschaft haben und erinnern wir uns zurück, was hier auch für Sorgen, medial verbreitet worden sind, was ist eingetreten.

Der Export der Handel mit Kanada hat sich verdoppelt.

Alles andere waren wirklich nur Horrorszenarien, die nicht Realität waren.

Und dasselbe wird bei Mercosur sein.

Herr Knill, Massnahmen gegen den Klimawandel

und pro Treibhausgasreduktion zählen zu den bärschenden Themen unserer Zeit.

In der Sektor finden sich viele sehr energieintensive Unternehmen.

Wie wollen sie die Klimaziele rechtzeitig erreichen?

Ich glaube, genau die Industrie ist die einzige Branche, die bereits seit 2005 auf einen ganz klaren, festgeschriebenen Decarbonisierungspfad sich befindet.

Das sind die energieintensiv Unternehmen, die im Emissionshandelsbereich tätig sind.

Wir sind auf einen ganz klaren Pfad bis Mitte des Jahrhunderts, dass wir hier gegen Null kommen.

Und wir erfüllen die Vorgaben,

die es hier von der europäischen Seite im Rahmen des Green Deals gibt.

Sie sind kein Blockierer, kein Aufzeitspieler

und wirtschaftliche Interessen zu fahren?

Wir sind Frontrunner, wir sind gerade im Green Deal Bereich Technologieführer.

Wir können hier gerade durch neue Innovationen und durch Technologie

hier einen wesentlichen Beitrag, nicht nur national,

sondern vor allem durch die Exporte, die wir hier in unserer Wirtschaft haben, wesentlichen Beitrag leisten weltweit an der Reduktion von CO₂.

Und damit ist die Industrie wesentlicher Partner für den Klimaschutz.

Dann haben wir in Österreich seit mehr als 1.000 Tagen kein neues Klimaschutzgesetz.

Wie werden Sie diese Entwicklung?

Was man ja vergisst, dass wir in den letzten fünf Jahren

rund um den Green Deal 46 Gesetze Richtlinien und Verordnungen bekommen haben.

Zu sagen, dass wir keine Klimaschutzgesetze haben,

kann ich ganz und gar nicht nachsehen.

So gesehen müsste hier die Klimaschutzministerin auch mal

es vielleicht offenlegen, was sie sich vorstellt,

weil hier wird immer nur über Überschriften diskutiert gesprochen,

aber ich habe noch nie etwas von Inhalten gehört zu diesem Gesetz.

So gesehen müsste hier die Klimaschutzministerin in Vorleistung gehen.

Sie sind sich in ihrer Position bestätigt,

weniger Bürokratie, mehr Technologie und weniger Ideologie

um die Klimaziele zu erreichen.

Wir müssen bei den Faktischen bleiben, die zeitliche Dimension der Dekriminierung ist extrem anspruchsvoll.

Und wenn wir hier nicht einen massiven Turbo bei den Genehmigungsverfahren jetzt einschalten, werden wir diese ganzen Projekte, die es benötigt, von Netzausbau bis zu Wasserstoffausbau, den ganzen alternativen Energiequellen von Photovoltaik, Wind etc. nicht schaffen in dieser Zeitigkeit, wie sich diese Bundesregierung vorgenommen hat.

Wir aus Industrie sind bereit zu investieren.

Vielen Dank für das Gespräch.

Besten Dank.

IV-Präsident Georg Knil im Gespräch mit Volker Obermeier.

Unser nächstes Thema Lebensmittelabfälle.

Rund eine Million Tonnen davon werden in Österreich jährlich vermeidbar, schätzt der WBF.

Mit Transparenz regeln will die Bundesregierung nun sanften Druck ausüben.

Supermärkte müssen ab einer gewissen Größe viermal im Jahr Zahlen zu weggeworfenen Lebensmitteln veröffentlichen.

Los geht es morgen.

Kritik kommt vom Handelsverband.

Felix Norberg.

Morgen beginnt das vierte Quartal und damit der erste Zeitraum, über den die Supermärkte Berichte stetten müssen.

Und zwar zum ersten Mal im Februar.

Betroffen sind Händler ab einer Verkaufsfläche von 400 Quadratmetern bzw. ab fünf Verkaufsstellen.

Die Initiative ist vom Klimaschutzministerium ausgegangen.

Dort muss künftig auch gemeldet werden.

Ministerin Leonore Gewessler von den Grünen spricht von einer klaren Ansage gegen Lebensmittelverschwendung, die gerade in Zeiten der Teuerung nicht hingenommen werden könne.

Ein gewisser bürokratischer Aufwand ist die Maßnahme für die Supermärkte, wenn auch nicht bei jedem im gleichen Ausmaß.

Bei LIDL etwa halte sich die Zusatzbelastung in Grenzen, sagt der Nachhaltigkeitsbeauftragte Simon Lindentaler.

Zum einen habe man schon bisher intern ähnliche Daten erhoben, zum anderen mit den Behörden eine freiwillige Vereinbarung abgeschlossen.

Auch da gab es schon eine ähnliche Meldepflicht,

der wir uns freiwillig unterworfen haben.
Das heißt, die Strukturen bei uns,
auch natürlich die Unternehmensgröße geschuldet, gab es schon.
Zusätzlich müsse LIDL ab Oktober
bei gespendeten Produkten das Nettogewicht der Waren erfassen.
Mehr Aufwand gibt es bei kleineren Supermärkten,
kritisiert Handelsverband Geschäftsführer Rainer Will.
Es sind letztendlich abseits der grossen 7 Lebensmittelhändler
und Großhändler auch 900 Unternehmen betroffen,
daher auch viele kleinere Nahversorger.
Und für diese ist es eben eine neue Aufgabe
und damit in Zeiten der Teuerung, wo ohnehin schon
bis zum Jahresende 200 schließen werden, wieder ein neuer bürokratischer Aufwand.
Betont werden allerorts die bisherigen freiwilligen Anstrengungen
der Supermärkte Lebensmittelabfälle zu vermeiden,
nicht zuletzt durch Spenden an soziale Organisationen.
Die neue Maßnahme bringe laut Handelsverband hingegen nur wenig.
Stattdessen wünscht sich Geschäftsführer Will
eine Änderung bei der Regelung zur Weitergabe an Tafeln.
Da sind wir in einem Kaufbereich, weil wenn man das vertehrt markiert,
dann darf man es nicht mehr weitergeben per Gesetz
und ansonsten läuft man in eine Vorsteuerfalle,
wenn man eben den Wert nicht auf Null setzt bei der Weitergabe.
Umweltorganisationen wie WWF und Greenpeace
haben die verpflichtende Transparenzregelung hingegen,
schon bei deren Beschluss im Mai, als wichtigen ersten Schritt gelobt.
Immerhin gehe sie über die bisherigen freiwilligen Maßnahmen hinaus.
Weit genug geht ihnen die Regelung aber bei weitem nicht.
Sie wollen auch andere Teile der Wertschöpfungskette in die Pflicht nehmen
und klare Sanktionen, wenn zu viel weggeschmissen wird.
Drittens, da schließt sich auch der Handelsverband an,
müsse sich das Bewusstsein bei Konsumentinnen und Konsumenten ändern,
denn im privaten Bereich werden mit die meisten Lebensmittel verschwendet.
Die Zahl der Suizide ist in Österreich im vergangenen Jahr deutlich gestiegen.
Es haben sich um 16 % mehr Menschen das Leben genommen als im Jahr 2021
und bei Frauen beträgt der Anstieg sogar 41 %.
Diese Zahlen der Statistik Austria fließen nun in den österreichischen Suizidbericht ein.
Fachleute befürchten, der Anstieg könnte mit Teuerung und Vereinsamung zu tun haben,
denn vor allem bei älteren Menschen über 55 gab es mehr Suizide.
Bernd Kuschu.
Im Jahr 2021 haben sich in Österreich knapp 1100 Menschen das Leben genommen.
Im Vorjahr knapp 1280 laut Statistik Austria.
Dass seit Anfang 2022 eine Regelung gilt, die den assistierten Suizid,
die Sterbehilfe legalisiert, erklärt diesen Anstieg nur zu einem kleineren Teil,

sagt der Leiter der Abteilung Suizidforschung an der Met-Uni Wien Thomas Niederkotenthaler. Denn soweit bisher bekannt, habe es 2022 nur 54 assistierte Suizide gegeben.

Zum Anstieg der Gesamtzahl an Suiziden bei Frauen von 41 % sagt der Suizidforscher, besonders ältere Frauen sind betroffen und eine These unter Experten lautet, dass im Rahmen der Teuerung die Altersarmut, die bei Frauen mehr ausgeprägt ist, auf die Suizide eben durchgeschlagen hat.

Es ist ein Anstieg bei den Selbsttötungen nach 36 Jahren des Rückgangs.

Auch in den Corona-Jahren sind die Zahlen deutlich gesunken.

Ältere Menschen hatten da zunächst Unterstützung von jüngeren und viele telefonische Kontakte, meint Niederkotenthaler,

womöglich wurden im Vorjahr noch nicht die gewohnten sozialen Kontakte wieder aufgenommen.

Frauen haben sich mehr an die Maßnahmen gehalten,

sich mehr zurückgezogen noch als Männer.

Und vor allem bei den älteren Menschen steht hier im Raum,

dass da die Teilhabe am sozialen Leben noch nicht im gleichen Ausmaß ausgeprägt ist, wie vor der Pandemie.

Da wäre auch ganz wichtig, den Aufruf zu setzen,

dass man jetzt wieder auch am sozialen Leben teilnimmt.

Allerdings wurden im Vorjahr nach wie vor 3 Viertel der Suizide von Männern begangen.

Wenn gleich der Anstieg jetzt besonders deutlich war,

für ältere Frauen sind die Absolutzahlen nach wie vor viel, viel höher bei den Männern.

Insbesondere bei älteren Männern zwischen 55 und 85 Jahren.

Frauen suchen sich eher Hilfe als Männer, sagt der Suizidforscher.

Es ist deswegen ganz, ganz wichtig, dass auch Männer sich Hilfe suchen, wenn sie von Suizidgedanken betroffen sind.

Männer können auch schwerer umgehen mit dem Thema Pensionierung und leiden besonders, wenn die Partnerin stirbt, sagt Niederkotenthaler.

Das liegt eben auch daran, dass Männer in dieser Altersgruppe

oft weniger gerüstet sind, die Alltagsanforderungen im Sinne der Sozialkontakte, aber auch im Sinne der täglichen Tätigkeiten durchzuführen.

Und bei Männern bleibt auch Depressivität öfter unerkannt,

weil sie eher mit Aggressivität einhergehen könne.

Da wäre der Appell, wenn jemand zum Beispiel nicht mehr auf Anrufe antwortet,

abweisend reagiert und wo man sich dann denkt, na ja, dann melde ich mich eben nicht mehr,

dass man daran denkt, dass hier auch eine Suizidalität eine Rolle spielen könnte

und dann eben dran bleibt und auch nachfragt, wie es der Person geht,

wenn man sich um jemanden Sorgen macht, ob Suizidalität eine Rolle spielt,

dass man danach fragt, hast du daran gedacht, dir etwas anzutun?

Dann geht es freilich darum, Hilfe zu suchen.

Neuerste Forschungen gehen laut Niederkotenthaler davon aus,

dass bis zu 110 Personen belastet sind und leiden,

nach der Selbsttötung eines Angehörigen oder Freundes

und dass viele von ihnen dann auch selbst professionelle Hilfe bräuchten.

Hilfsangebote finden Sie im Internet unter suizid-praevention.at.

In den vergangenen Wochen ist die Zeit der Corona-Infektionen recht langsam angestiegen. Das warme Wetter dürfte den schnellen Aufbau einer Welle verzögern. Für den zu erwartenden Infektionswinter hat Gesundheitsminister Johannes Rauch von den Grünen diese Woche aber mehr Tempo bei den Corona-Impfungen eingefordert, von den niedergelassenen Ärzten, die die Impfungen flächendeckend übernehmen. Und da gibt es Berichte über lange Wartezeiten. Wie ist der Impfstart angelaufen? Daniel Malle hat ihn den Praxen nachgefragt. Nach der Kritik von Gesundheitsminister Johannes Rauch von den Grünen am schleppenden Corona-Impfstart spielte die Ärztekammer den Ball umgehend zurück. Die Bestellung des Impfstoffs sei aufwendig, die vorab Informationen über seine Verfügbarkeit seien sehr kurzfristig angelangt. Letzteres bestätigt der praktische Arzt Alfred Doblinger. Unterstriche hat Montag vor einer Woche den Impfstoff bestellt. Es ist Montag diese Woche geliefert worden, die Ärztekammer in der Ordination gehabt. Seither werden seine Ordination in Oberperfus Tirol geimpft. Der Anderen war erstaunlich groß. Wir haben eigentlich mit 12 halt kalkuliert gehabt und irgendwo scheint sich es rumgesprochen zu haben. Und plötzlich haben wir dritte Packung aufmachen müssen. Er habe nun deutlich mehr Impfstoff nachbestellt. Es sind Hausärzte wie Alfred Doblinger, die nun das Impfung gegen Corona de facto vollständig übernehmen sollen. Insgesamt werden im Herbst 1,9 Millionen Dosen des angepassten Impfstoffs bereitstehen. Zur Frage, ob es für den niedergelassenen Bereich machbar sein wird, so viel zu verimpfen, sagt Doblinger. Für uns draußen im ländlichen Bereich ändert sich gar nichts. Wir haben es immer selber gemacht. In den Ballungszentren kenne ich wahrscheinlich die Situation zu wenig, ob die Hausärzte dann sagen, ja, wir schaffen das locker, aber Impfstrasse notwendig werden. Wenn man sicher jetzt bei der Impfung den Anderen nicht mehr haben, den wir ursprünglich gehabt haben bei den ersten Impfungen. In Wien sieht das eine praktische Ärztin etwas anders. Sie will namentlich nicht öffentlich auftreten aus Bedenken, vor radikalen Impfgegnern. Fragen beantwortet, sie schriftlich. Zum Aufwand für Kassenpraxen hält sie fest. Bislang ist das Ausmaß, dass hier auf die Praxenzugehne kaum vorstellbar bzw. regulär während der Öffnungszeiten stemmbar.

Der organisatorische Aufwand sei hoch, um Risikogruppen zu erreichen und um keinen Impfstoff zu verschwenden. Die Praxen müssten zudem ja den regulären Betrieb aufrechterhalten und auch die Influencer-Impfaktion stemmen. Sie könnten daher oft nur an einem Tag pro Woche die Corona-Impfung anbieten. Was dazu führt, dass Impfinteressierte Terminen nachjagen müssten. Das bedeute Frust bzw. gehe, das Interesse verloren, schreibt die Ärztin. Ihr Vorschlag.

In Niederösterreich gab es früher bei der Impfterminvergabe über das Web-Formular auch die Möglichkeit, Impftermine in den Arztpraxen zu buchen.

Vielleicht könnte so ein Tool einigen Fruster sparen.

Doch das hätte wohl schon im Frühaufkurs gebracht werden müssen.

Ähnlich sieht das der Vorareberger Arzt, Joachim Hechenberger-Schwarz.

Die ganze Meinesachten sollte hier eine Online-Plattform installiert werden, wo alle niedergelassenen Ärzte ihre Ressourcen anbieten und der Patienten frei wählen kann nach Dringlichkeit und nach seinem Termin Möglichkeiten, wo er dann hinget.

In der Gemeinschaftspraxis von Hechenberger-Schwarz in Hohen-Ams in Vorareberg wird an mehreren Tagen pro Woche geimpft.

Man hat ein eigenes Buchungssystem aufgestellt.

Es gibt auch kurzfristig noch freie Termine.

Allgemein bezweifelt Hechenberger-Schwarz, dass die Nachfrage nach dem Impfstoff so hoch sein wird, dass der niedergelassene Bereich unter Druck kommen wird.

Der Arzt, der Patienten-Kollektivschee kleiner ist, dass wir beimpfen müssen.

Und zweitens auch, dass die Patienten skeptisch in uns zurückhaltend sein werden.

Sagt der Arzt Joachim Hechenberger-Schwarz.

Etwa jede Achte über 75-jährige Person leidet in Österreich an einer Herzklappenerkrankung.

Hochgerechnet rund 115.000 Menschen.

Die Erkrankung selbst bleibt oft lange unerkant.

Eine frühzeitige Diagnose und Behandlung wären aber wichtig, um schwere Folgeerkrankungen zu verhindern und die Lebensqualität von Betroffenen zu verbessern.

Christine Lindusker mit Einzelheiten.

Herzklappenfehler machen oft lange Zeit kaum Beschwerden.

Eine frühzeitige Diagnose ist deshalb meist ein Zufallsbefund.

Dabei gibt es mehrere Symptome, die auf eine Vielfunktion der Herzklappen hindeuten, sagt der Kardiologe Christian Hengstenberg von der MED-Univine. Es ist eine Belastungseinschränkung, also Luftnot bei Belastung.

Es kann auch eine enge Gefühl sein in der Brust,
wenn man sich mit Personen gleichen Alters vergleicht.
Zum Beispiel kommen viel langsamer oder gar nicht,
die Stiegen rauf, kann schlechter den Berg hinaufgehen
und solche Dinge, das ist dann ein erstes Wahnsignal.
Die Gründe, warum diese Anzeichen oft übersehen werden,
sind zahlreich, meint Hengstenberg.
Viele Personen nehmen eben eine eingeschränkte Leistungsfähigkeit
als typischen Alterungsprozess in Kauf.
Wir wissen aber auch, dass es in Österreich so ist,
dass bei einem Routine-Arztbesuch nicht notwendigerweise immer
das Herz abgehört wird.
5-6 Liter Blut pro Minute pumpt ein gesundes Herz im Ruhezustand.
Eine Schädigung der Herzklappen
zwingt das Herz zu einer höheren Leistung
und schwächt dadurch den Herzmuskel.
Also wie wenn Sie permanent bergauf gehen müssten,
dann ist es auch klar, dass Sie dann mehr Muskeln bekommen an den Beinen.
Und so ist es eben beim Herzen so,
dass es dann einen stärkeren Herzmuskel bekommt.
Das ist eine Verdickung des Herzmuskels.
Und wir wissen, dass das ungünstig ist
und auch nur zum ganz kleinen Teil wieder rückgängig zu machen ist.
Umso wichtiger ist es, solche Schädigungen früh zu behandeln.
Herzklappenoperationen können heute in vielen Fällen
ohne Narcose durchgeführt werden, betont Christian Hengstenberg.
Bei manchen Personen kann in der Tat eine Operation
am offenen Herzen vermieden werden,
indem man eine neue Herzklappe einsetzt über die Leiste.
Also, dass man die Gefäße in der Leiste punktiert
und dann eine neue Herzklappe in die alte einsetzt.
Das ist ohne Narcose, ohne Herzklappenmaschine.
In einem sehr frühen Stadium
reicht manchmal sogar eine medikamentöse Behandlung.
Der Kardiologe redet ab dem 50. Lebensjahr regelmäßig das Herz abzuhören
und generell mehr Augenmerk auf Vorsorgeuntersuchungen
und die Früherkennung von Herzklappenerkrankungen zu richten.
Das brächte vielen Betroffenen eine bessere Lebensqualität im Alter.
12.46 Uhr ist es geworden, Klimaneutralität auf den Straßen.
Das ist ein Ziel, das sich nicht nur die EU gesteckt hat.
Auch die Formel 1 will bald CO2 neutral unterwegs sein.
Der Weg zum Erfolg mit synthetischen Kraftstoffen,
sogenannten E-Fuels.
In Brüssel sind Benedikt Feichtner und Andrea Krapf der Frage nachgegangen,

warum die Formel 1 gerade auf E-Fuels setzt und ob die auch für Pekka-W eine Lösung wären. Der Sound der Formel E, der Rennserie für Elektroautos, für so manch Formel 1-Fan gewöhnungsbedürftig. Doch auch die pristisch-rechtige Formel 1 will grüner werden und setzt ab 2026 auf E-Fuels. Und nicht nur die Autos von Ferrari und Red Bull, auch normale Pekka-W könnten mit E-Fuels betrieben werden. Zu diesem Schluss kommt Felix Liedsch, Professor für Ingenieurwissenschaften an der Universität Oxford, der im Auftrag der Formel 1 einen Bericht zu E-Fuels verfasst hat. Ich glaube, dass diese Kraftstoffe ihre Berechtigung haben, denn sie können die fast 1,5 Milliarden Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor, die heute auf den Straßen unterwegs sind, dekarbonisieren. Eine Batterie könnte das niemals schaffen. Wir müssten all diese Fahrzeuge verschrotten, was unglaublich teuer und nicht praktikabel wäre. Die Rennserie Formel 1 will als eine Art Testlabor für E-Fuels dienen. Eine gute Idee befindet der ehemalige französische Formel 1-Fahrer Joe Alessi im ORF-Interview. Bei der Formel 1 ist es sehr wichtig, das fortzusetzen, was sie lange Zeit war, nämlich eine Testplattform für die Autos der Zukunft. Den gleichen Motor zu verwenden, ohne Änderungen vorzunehmen und das ohne Umweltverschmutzung ist eine Traumlösung. Eine Traumlösung, die allerdings einen Haken hat. Hergestellt werden synthetische Treibstoffe mithilfe von CO₂ und Wasserstoff. Klimaneutral sind E-Fuels nur, wenn CO₂ nicht extra erzeugt wird, sondern bereits vorhandenes CO₂ aus der Atmosphäre entnommen wird und wenn der benötigte Wasserstoff ausschließlich aus erneuerbaren Energien stammt. Zudem ist die Energieeffizienz von E-Fuels vergleichsweise gering. Elektroautos kommen mit derselben Energiemenge, fünfmal so weit wie Verbrenner, die mit E-Fuels betrieben werden, betont Alex Keans von der Brüsseler NGO Transport and Environment. Das Problem ist, dass wir keine wertvollen Ressourcen in einen Sektor stecken sollten, indem es eine bessere Umweltlösung gibt. Wir müssen zwar in den Ausbau von E-Fuels investieren, wir brauchen sie aber für Sektoren wie die Schifffahrt und die Luftfahrt, für Sektoren also, in denen eine Elektrifizierung nicht möglich ist. Der E-Fühlvorstoß der Formel 1 kommt wohl nicht ohne Grund. Die EU hat sich zwar auf ein Verbrennerverbot ab 2035 geeinigt, derzeit wird in Brüssel jedoch ein von Deutschland geforderte Vorschlag diskutiert, wonach E-Fühleautos mit Elektrofahrzeugen gleichgesetzt werden könnten. Der Ball liegt nun bei der EU-Kommission,

die bereits Mitte November einen entsprechenden Vorschlag präsentieren könnte.
Zur Kultur jetzt drei Klassen.

Ausgebildete Sängerinnen, die sich in New York kennenlernen
und von dort aus mit einer Mischung aus Funk, Soul und Disco
einen rasanten Erfolgslauf starten.

Das ist in wenigen Worten die Geschichte von Sabrina Cunninghams,
Niergeselle Browns und Pierre Malix.

Gemeinsam sind sie die Band Seishi-Shi.

Zur Veröffentlichung des zweiten Albums der Band Silver
hat David Baldinger mit den Musikerinnen gesprochen.

17.000 Menschen in der ausverkauften Hollywood Bowl,
ein Auftritt beim Glastonbury Festival,
eine Einladung in der Studio von BBC Star Jules Holland.

Seit der Veröffentlichung ihres Debuts im Oktober 2022
reicht sich bei Seishi-Shi ein Karrierehighlight an das nächste.

Sie hätten gerade die Zeit ihres Lebens,
die gebürtige Londonerin Pierre Malix.

Seinen Ausdruck findet diese beste Freundinnen
bei der Arbeitkonstellation

im aufregend präzisen Harmoniegesang der drei.

Das Natürlichste der Welt sei das, meint Malix

und das, was die Band ursprünglich zusammengebracht habe.

Das ist das natürlichste Instinkt für die drei uns.

Als ich das erste Mal mit Nia metete, war das, was wir gemacht haben.

Als die drei uns alle zusammengekommen waren, war das, was wir gemacht haben.

Es spielte uns aus.

Gleich 16 Songs finden sich auf Silver,

angesiedelt zwischen gebremst melancholischer Disco-Extase

und psychidealischen Eskapaden wie der finalen Neun Minuten Nummer Silver.

Seishi-Shi senden dabei nicht nur tanzbare,

sondern auch politische Botschaften aus.

Das Lied Norma wendet sich explizit gegen die Rücknahme
des Rechtsababtreibungs in den USA.

Sie seien deswegen traurig und ängstlich, sagt Malix,

die in der künstlerischen Auseinandersetzung

damit dennoch Freude und Linderung empfindet.

As artists, when we're able to express that

and bring that together in a piece of music,

that is joyous, that is a release, that is soothing.

Produzierter hat Sergio Rios, der auch an der Gitarre zu hören ist.

Er sorgte für jenen Sound,

der die Harmonie-Explosionen des Rios so komgenial einrahmt.

Behaaglich und intim sei der Studio gewesen,

meint Naya Gesell Browns,

eine Atmosphäre, die jeden Tag hier erfüllt.
Seishi-Shi berühren und beeindrucken mit Eleganz
und einem Album, das Soul Disco und Funk
mit engelhaftem Harmoniegesang verschmilzt.
Ein putzerweiches Hörvergnügen.
Nach der Massenflucht von bereits mehr als 100.000 Menschen
aus Bergkarabach warnt die UNO
vor einer humanitären Krise in Armenien.
Internationale Hilfe werde sehr dringend benötigt,
so Flüchtlingskommissar Filippo Grandi.
Viele Flüchtlinge aus Bergkarabach
seien erschöpft und hungrig,
Armenien seien nicht in der Lage,
so viele Menschen unterzubringen.
In der Slowakei sind vorgezogene Parlamentswahlen im Gang.
Stimmberechtigt sind 5,4 Millionen Menschen.
Umfragen sagen ein mögliches Comeback
von Ex-Regierungschef Robert Vicovoraus.
Es wird ein Kopf an Kopf Rennen zwischen seiner populistischen,
pro-Russischemehr-Partei
und den Liberalen von EU-Witze-Parlamentspräsident
Gimetschka erwartet.
Erste Hochrechnungen gibt es nach Wahlschluss um 20 Uhr.
Der Präsident der Industriellenvereinigung Georg Knil
ist gegen die Einführung neuer Steuern,
wie etwa von SPÖ und Gewerkschaften vorgeschlagen.
Es braucht keine Belastung von Vermögen und Erbschaften,
sondern Entlastungen für Unternehmen und Arbeitende,
so Knil im Ö1-Journal zu Gast.
Bei der laufenden Metallerlohnrunderkundung
und Knil zur Zurückhaltung der Sozialpartner zu hohe Löhne
würden die Inflation stärken.
Deutschland will die Grenzkontrollen zu Österreich weiter verlängern.
Die zusätzlichen Sicherungsmaßnahmen an den Grenzen zu Österreich
und Tschechien würden fortgesetzt zu der deutsche Kanzler Olaf Scholz.
Es kämen zu viele Flüchtlinge und Migranten nach Deutschland.
Bei einer Zeremonie auf dem Petersplatz in Rom
hat Papst Franziskus heute 21 neue Kardinäle ernannt.
18 von ihnen sind unter 80 Jahre alt.
Sie werden bei einer Papstwahl stimmberechtigt.
Und heftiger Regen mit Überschwemmungen hat in New York City
für Chaos gesorgt.
Autobahnen und U-Bahnen wurden überflutet.
Auch ein Flughafen-Terminal musste gesperrt werden.

[Transcript] Ö1 Journale / Mittagsjournal (30.09.2023)

Fehlt uns noch die Beta-Prognose der Septemberbar bei den Temperaturen ein Rekordmonat.
Was bringt denn der Oktoberkamm in Schüsseling?
Viel zu warm geht es weiter.
Am Montag und Dienstag erwarten wir schon wieder Temperaturen, also 28, eventuell sogar 29 Grad.
Damit liegen die Temperaturen gute 10 Grad über den Werten, die es normalerweise Anfang Oktober hat.
Der Grund ist immer noch die extrem warme, fast schon subtropische Luftmasse über Österreich.
Selbst auf den Bergen in 2000 Meter Höhe hat es Anfang der kommenden Woche, so um die 18 Grad, die Frostgrenze liegt in fast 4000 Meter Höhe, damit höher als der Großglockner.
Auf Schnee für die Gletscher heißt es damit weiter, warten die Schmelzen vor sich hin.
Erst in der Nacht auf Mittwoch zieht man eine Front durch, die den einen oder anderen Zentimeter Neuschnee bringt, im Hochgebirge, die ist aber schnell wieder vorbei und die Mengen bleiben sehr gering.
Kurz noch zum Sonntagmorgen, der wird in ganz Österreich ein paar Sonnenstunden bringen.
Wollt nur der Nebel in Niederösterreich oder in der Steiermark lösen sich auf.
Der Wind ist schwächer als heute und der schwächeren Start hat es am Nachmittag 19 bis 25 Grad.
Dankeschön, Ihr Team des Mittags schon als Wünschttinnen, einen angenehmen Nachmittag.